

Bericht
des Ausschusses für das Besatzungsstatut und
auswärtige Angelegenheiten
(7. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der FDP und
den Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Nr. 2468 der Drucksachen, Umdruck Nr. 329 -

betr. Wegnahme der bundeseigenen, im Auslande ge-
legenen Dienstgebäude des ehemaligen Aus-
wärtigen Amtes.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. von Merkatz

Die Übermittlung der Anträge an die Bundesregierung hätte ohne Ausschuß-Überweisung beschlossen werden können.

Der Ausschuß hält die Vorlage einer Denkschrift mit Ausführungen über die mit den Anträgen geforderten sechs Punkte für erforderlich.

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung zu ersuchen, dem Bundestag eine Denkschrift über die bundeseigenen, im Auslande gelegenen Dienstgebäude des ehemaligen Auswärtigen Dienstes vorzulegen. Die Denkschrift soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Übersicht über den Bestand an bundeseigenen Dienstgebäuden, über den Erwerbsgrund und das Datum des Erwerbs durch das ehemalige Deutsche Reich bzw. vor seiner Gründung durch einzelne deutsche Bundesstaaten;
2. Darstellung der tatsächlichen Vorgänge bei der Wegnahme der Gebäude in den kriegführenden und neutralen Staaten und Schicksal der Gebäude seit der Wegnahme;
3. Darstellung der Behandlung der Dienstgebäude der kriegführenden und neutralen Staaten im Deutschen Reich und in den von Deutschland besetzten Gebieten während des letzten Krieges;

4. die völkerrechtliche Beurteilung der Wegnahme;
5. die finanziellen Auswirkungen der Wegnahme;
6. Angabe der Maßnahmen, die die Bundesregierung in Anbetracht der Wegnahme ergriffen hat bzw. noch zu ergreifen gedenkt.

Bonn, den 16. November 1951

**Der Ausschuß für das Besatzungsstatut
und auswärtige Angelegenheiten**

Dr. Schmid (Tübingen)	Dr. von Merkatz
Vorsitzender	Berichterstatter